Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 43 (1996)
Heft: 10

Artikel: Hilfswerke verlieren an Glaubwürdigkeit
Autor: Stucky, Georg
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-368825

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Halbierungsinitiative: Ist die Kirche im roten Fahrwasser?

Hilfswerke verlieren an Glaubwürdigkeit

Die Hilfswerke «Brot für alle», HEKS (Hilfswerke der Evangelischen Kirchen der Schweiz) und KEM (Koordination der evangelischen Missionen) haben bekanntlich die Halbierungsinitiative «für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik» offiziell unterstützt, was einigen Wirbel in der Öffentlichkeit auslöste. Nachdem die Initiative von den Eidgenössischen Räten wegen Verstosses gegen die Einheit der Materie für ungültig erklärt worden war, lancierten linke und grüne Parteien und Organisationen eine zweite Umverteilungsinitiative mit der gleichen Zielsetzung, der Halbierung der Armeeausgaben innert zehn Jahren (Referenzjahr 1987).

GEORG STUCKY

Mit Schreiben vom Juni 1986 gelangen die genannten Hilfswerke an die Pfarrämter, Kirchenpflegen und kantonalen Kirchenleitungen im Sinne einer Konsultation, ob sie den neuen Vorstoss unterstützen sollen, wobei sie betonen, keine finanzielle Unterstützung zu gewähren, aber die Informationsarbeit mit «zweckbestimmten Mitteln» zu decken.

Haben die Hilfswerke also dazugelernt, dass sie vor einem Beschluss eine Umfrage starten? Die Beteuerung punkto Finanzen lässt bereits daran zweifeln, denn erstens ist nicht klar, woher «die zweckbestimmten Mittel» stammen, wenn nicht eben aus Spenden, die eigentlich Bedürftigen zukommen und nicht für innenpolitische Ziele eingesetzt werden sollten. Oder handelt es sich um Steuergelder, die die Kirchgemeinden abgezweigt und zweckentfremdet haben? Und zweitens kommt es auf Art und Inhalt der Information an.

Schlagseite schon vom Start weg

Im Begleitbrief wird ein Pro und Kontra in Aussicht gestellt. Eine ausgewogene Darstellung sucht man allerdings vergebens. Das liegt einmal daran, dass zuerst auf zehn Seiten Argumente für die Initiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr aufgeführt werden. Dann nehmen zwar zwei Pfarrer für und gegen die Halbierungsinitiative Stellung; aber in einem Potpourri folgen weitere Kapitel zur Bedrohungsanalyse, abgewandelt auch am Beispiel Bosniens, zur Entwicklung durch Abrüstung, zur internationalen Friedensförderung, zur Gefährdung von Arbeitsplätzen – alle mit einer deutlichen Ausrichtung auf die Unterstützung der Initiative. Da überzeugt die Zusicherung zum Schluss wenig: «‹Brot für alle› steht zur Armee. Eine Abschaffung steht für die evangelischen Hilfswerke und Missionen nicht zur Diskussion.»

Welche Armee, fragt man sich? Eine – so der Text im Kapitel «Arbeitsplätze» –, die sich nicht auf die «Armee 95» mit High-Tech-Waffen wie den F/A-18, sondern «überwiegend auf im Inland produzierbare Systeme wie Radpanzer und Geschütze» stützt. Schon längst ist nachgewiesen, dass eine solche Armee ohne Deckung aus der Luft, ja überhaupt ohne elektronische Abwehr, keine Überlebenschance hat und zur blossen Operettenarmee degradiert wird. Wollen die Kirchen tatsächlich die Verantwortung übernehmen, dass im Ernstfall unsere Männer ins Feuer geschickt werden, ohne jede Aussicht auf Erfolg?

Auch wird der Zusammenhang zwischen dem Waffenexportverbot und der inländischen Waffenproduktion wohl absichtlich übersehen. Für den geringen Schweizer Bedarf lohnt sich eine Eigenentwicklung und -herstellung schon gar nicht. Das Aus für die Inlandproduktion von Waffen wäre eine der Konsequenzen aus der Annahme der Exportinitiative.

Illusion statt Realismus

Statt dessen wimmelt es von Scheinargumenten, Halbwahrheiten und hohlen Vorschlägen. Einige «Perlen» an Vorschlägen zur Arbeitsplatzsanierung: Die Munitionsfabrik Altdorf soll Autobestandteile statt Granaten produzieren (wo sind die Abnehmer?), die Konstruktionswerkstätte Thun die Materialprüfung für europäische Märkte übernehmen (die EMPA genügt offenbar nicht mehr), die Oerlikon-Contraves neben Flab-Kanonen Medizinaltechnik und CAD-Systeme herstellen, die Zeughäuser, Militärflugplätze und AC-Zentren «konkurrenzlose Dienstleistungen als Unternehmer» anbieten!

Halbwahr bis falsch sind die Darlegungen zur Beschäftigung. Der Bundesrat hat die durch die Reduktion der Armeeausgaben bedingten Ausfälle an Inlandaufträgen auf 1,5 Milliarden Franken geschätzt, was umgerechnet 25 000 Arbeitsplätzen entspricht. Da eine solche bittere Tatsache nicht wahr sein darf, sollen gemäss Unterlage mindestens 8000 Arbeitsplätze durch den «weltweiten Zusammenbruch der Rüstungsmärkte», 2000 weitere durch den aktuellen Strukturwandel im Militärsektor, ohnehin verlorengehen, also nicht angerechnet werden können. Zum Schluss bleibt noch ein Manko von 6000.

Auf einer falschen Behauptung beruht die Angabe, die Umverteilungsinitiative vermindere die Kosten der Landesverteidigung nur auf ein europäisches Mass. In einer Graphik wird dargestellt, dass unser Land pro Kopf die höchsten Militärausgaben aufweise (z. B. fünfmal mehr als Bosnien-Herzegowina). Die jährlich publizierten Zahlen des Institute of International Strategic Studies zeigen ein ganz anderes Bild: Frankreich, Grossbritannien, auch Schweden und Norwegen liegen über der Schweiz.

Eine Alibiübung

Eine Umfrage unter Kirchgemeinden ist sicher zu begrüssen, wenn sich kirchliche Exponenten in die Politik einmischen wollen. Bei näherem Zusehen verkommt diese Vernehmlassung aber zur blossen Alibiübung, weil das gewollte Resultat schon durch Auswahl und Texte der Unterlagen gesteuert wird. Dabei wäre es den Veranstaltern durchaus möglich gewesen, Redaktoren für beide Standpunkte zu finden, statt selbst eine Manipulier-Broschüre zusammenzustellen. Hilfswerke und Kirchen dürfen sich nicht wundern, wenn sie laufend an Glaubwürdigkeit, Mitgliedern und finanziellen Zuwendungen verlieren.

Der Autor ist Nationalrat der FDP und wohnt in Baar ZG.

...IN
...IN FORM
...INFORMIERT

Jedem Mitglied des Schweizerischen Zivilschutzverbandes wird die Zeitschrift «Zivilschutz» mit allen wichtigen Infos gratis nach Hause geliefert.

...Werden Sie Mitglied!
Telefon 031 381 65 81